

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmuth G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0
Telex: 8 86 845 ppbn
Telefax: (02 28) 9 15 20-12

Inhalt

Dr. Christoph Zöpel MdB stellt Forderungen zur Bewältigung der Wohnungsnot: Verfügbare Finanzmittel anders verteilen.
Seite 1

Ernst Schwanhold MdB kommentiert den Verzicht Heltmanns auf die Bundespräsidenten-Kandidatur: Dienst an unserem Land, Schaden für den Kanzler.
Seite 3

Dr. Klaus Kübler MdB analysiert die jüngste Entwicklung in Nigeria: Ein Regime ohne demokratische Legitimation.
Seite 3

48. Jahrgang / 226 / 26. November 1993

Der Schlüssel einer neuen Wohnungspolitik Die verfügbaren Finanzmittel müssen anders verteilt werden

Von Dr. Christoph Zöpel MdB
Mitglied des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Mitglied der SPD-Kommission "Regierungsprogramm 94"

1. Erste Ziele staatlicher Politik in Deutschland müssen die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Konsolidierung der Finanzen von Bund, Ländern und Gemeinden sein. Ohne Erfolge bei diesen Zielen wird auch Wohnungspolitik nicht erfolgreich sein. Dauerarbeitslosigkeit destabilisiert die sozialen Beziehungen in den Siedlungen und Wohnanlagen; Mietrückstände, Fluktuation, soziale Entmischung, Verslumung können die Folgen sein. Steigende Verschuldung mit steigenden Zinsanteilen in den öffentlichen Haushalten führt unausweichlich zur Veräußerung öffentlichen Vermögens; sie wird auch vor Wohnungen nicht halten machen. Private wie gewerkschaftliche Unternehmen in der Krise sind diesen Weg gegangen. Notverkäufe von Wohnungen sind aber immer Anlaß für Ängste und oft für die Verdrängung der Bewohner.

2. Anstrengungen in vielen Kommunen, in den Ländern und - für Teilmärkte - des Bundes haben die Wohnungsneubauten und die Baugenehmigungen ansteigen lassen. Geblieben sind soziale und regionale Problemlagen.

3. Diese Wohnungsnot erfordert eine langfristige Verstetigung des Neubaus auf hohem Niveau, deutliche soziale Korrekturen und regionale Feinsteuerung, vor allem für Ostdeutschland.

4. Bei ihren wohnungspolitischen Anstrengungen sind viele Kommunen und Länder an die äußersten Grenzen ihrer fiskalischen Leistungsfähigkeit gegangen. Zusätzliche Mittel für den Wohnungsbau sind hier so gut wie nicht möglich.

Deutliche Korrekturen bei der Wohnungsbauförderung setzen also finanzpolitische Entscheidungen, die ganz überwiegend nur der Bund treffen kann, voraus.

Verlag, Redaktion und Druck:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217, 53113 Bonn
Postfach 12 04 08, 53046 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Erweitertes Angebot
mit zusätzlichen Beiträgen
Preis 1,- plus Porto



5. Schlüssel einer neuen Wohnungspolitik ist also die Verständigung über einen problemgerechten Einsatz verfügbarer Finanzmittel. Diese Herausforderung läßt sich mit Zielen höherer sozialer Gerechtigkeit im Bereich des Wohnens verbinden. Unter diesen Vorgaben sind zu überprüfen:
 - Der Abbau der steuerlichen Förderung der Althausmodernisierung in Westdeutschland,
 - der Ausschluß von Luxustatbeständen bei der Neubauförderung,
 - gleiche und nicht progressionsabhängige steuerliche Förderung des Eigenheimbaus,
 - Einnahmemöglichkeiten einer gerechteren Bodensteuerung in der Verantwortung der Kommunen.
6. Soziale und regionale Steuerung des Wohnungsbaus bedürfen
 - der direkten staatlichen beziehungsweise kommunalen Förderung,
 - der steuerlichen Förderung,
 - der Subjektförderung über das Wohngeld.

Direkte Förderung wird immer dann notwendig sein, wenn die Bezahler niedriger oder gar mittlerer Einkommen am freien, das heißt steuerlich geförderten Markt, keine sozial angemessene Wohnung zu sozial vertretbaren Kosten finden.

Gegenleistung des Investors für direkte Förderung sind rechtliche Bindungen, die Belegungsrechte der Kommunen und Dauerwohnrechte der Mieter konstituieren. Um so höher die direkte Förderung ist, desto länger muß die Geltung der Bindungen sein. Kurze Bindungen können bei scheinbaren fiskalischen Vorteilen die Wohnungsprobleme von morgen schaffen.
7. Wohnungsförderungsrecht und Mietrecht müssen für Mieter und Investoren übersichtlicher und praktikabler werden. Entrümpelung der Vorschriften, Dezentralisierung der Zuständigkeiten und Abbau von Mischkompetenzen entsprechen den Zielen der Modernisierung von Staat und Kommunen.
8. Die Baukosten müssen gesenkt werden. Das betrifft das Baurecht und vor allem die industriellen Normen. Das betrifft aber wohl noch mehr spekulativ hohe Kosten. Es bleibt nicht hinnehmbar, daß der Quadratmeter Wohnung in Berlin 7.000 DM, in Hamburg hingegen nur 4.000 DM kostet.
9. In Ostdeutschland sind zur Verbesserung der Wohnverhältnisse
 - die Erneuerung der historischen Stadtkerne fortzusetzen,
 - die Mieten vor allem durch eine entsprechende Altschuldenpolitik zu stabilisieren,
 - die Siedlungen der Nachkriegszeit (Plattenbauten) zeitgerecht zu modernisieren,
 - der Nachholbedarf an Eigenheimen zu befriedigen.
10. Wohnungsbau ist immer auch Städte- und Dörferbau. Einwerbung der Finanzierung, bauliche Gestaltung und soziale Organisation des Bauens und Wohnens sind eine vordringliche Aufgabe der Kommunen, eine Herausforderung an ihr Management und ihre soziale Kompetenz.

(-/26. November 1993/rs/tr)

(Dr. Christoph Zöpel trug diese Forderungen auf der wohnungspolitischen Fachkonferenz der SPD-Bundestagsfraktion am 26. November in Köln-Mühlheim vor).

Dienst an unserem Land, Schaden für den Kanzler
Der Verzicht Heltmanns auf die Bundespräsidenten-Kandidatur

Von Ernet Schwanhold MdB

Mit dem Verzicht auf eine Kandidatur zum Bundespräsidenten hat Heltmann der CDU/CSU, sich selbst und unserem Land zwar einen Dienst erwiesen, doch seinem Protege Helmut Kohl hat er großen Schaden zugefügt. Der Autoritätsverlust des Bundeskanzlers ist offenkundig und wird sich weiter beschleunigen. Ein Kanzler, der das Land von einer Krise in die andere hineinsteuert, wird es in seiner eigenen Partei auf Dauer schwer haben, sich an der Macht zu halten. So wie Kohl die Aufrechterhaltung der Kandidatur von Heltmann mit seinem eigenen politischen Schicksal verknüpft hat, so wird er auch die Folgen tragen müssen. Mittlerweile wird auch seinen eigenen Parteifreunden immer klarer, daß ihm das Fortune in Personalfragen - einst seine entscheidende Stärke - verlorengegangen ist. Wer vertraut denn noch in seiner eigenen Fraktion auf die "Richtlinienkompetenz" des Bundeskanzlers?

Obwohl Kohl selbst "Wagner-Stimmung" und "Kanzlerdämmerung" bestreitet, bleibt die Frage: Unterschätzt er nicht die Stimmung und die Machtbesessenheit seiner eigenen Parteifreunde? Er wäre gut beraten, wenn er seinen Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Schäuble nicht aus dem Auge verliert. Denn vielleicht sind ja bestimmte Kreise in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion nicht ganz unschuldig daran, daß ihm diese politische Ohrfeige verpaßt wurde. Jetzt bliebe noch genügend Zeit, elf Monate vor der Bundestagswahl, sich auf einen anderen Kanzlerkandidaten zu verständigen.

Für die Sozialdemokraten bleibt oberstes Ziel, daß unser Land einen würdigen Nachfolger für Richard von Weizsäcker bekommt und den haben sie in Johannes Rau bereits gefunden. Und mit Rudolf Scharping - als Bewerber für das Kanzleramt - haben sie ebenfalls einen Kandidaten erster Wahl getroffen. Für die Regierungskoalition wird es eng: die letzten Umfragen prognostizieren ihr nichts Gutes. (-/26. November 1993/rs/fr)

Ein Regime ohne demokratische Legitimation
Nigeria muß zu einer Kursänderung gedrängt werden

Von Dr. Klaus Kübler

Die Entwicklung nach dem Militärputsch in Nigeria hat sich rasch normalisiert und für die neuen Militärmachthaber stabilisiert. Ein wesentlicher Grund dafür war die rasche Einigung des neuen Machthabers mit dem Gewerkschaftsverband NLC über die Rücknahme der dramatischen Benzinpreiserhöhung um 700 Prozent, die zum Streik und Unruhen geführt hatte. Daraufhin normalisierte sich das Leben insbesondere in Lagos rasch.

Vorgestern nun hat der neue Machthaber General Abacha eine Übergangsregierung eingesetzt. Dies erfolgte schneller als erwartet. Das ändert nichts daran, daß nach wie vor in Nigeria alles ohne demokratische Legitimation abläuft.

Der Militärputsch durch den General Sani Abacha, der ein diktatorisch eingesetztes und schwaches ziviles Regime unter Ernest Shonekan "aus dem Rennen nahm", verlief im ganzen Land unblutig und ohne äußeren Widerstand hervorgerufen. Politische Verhaftungen sind nicht bekannt. Die Mehrzahl der Bevölkerung nahm die Vorgänge wohl mehr fatalistisch und resigniert hin. Der Coup bestätigte einmal mehr die unbeschränkte tatsächliche Macht des Militärs in Nigeria, wobei ein Zusammenspiel zwischen dem vom Militärpräsidenten Babangida eingesetzten Zivilpräsidenten Shonekan und dem schon länger mächtigen Militärgeneral Abacha eher wahrscheinlich als unwahrscheinlich ist. Sehr wahrscheinlich wollte Abacha mit seinem früher oder später erwarteten Eingreifen auch einem Putsch der Jungtürken, also der jungen Offiziere, in der nigerianischen Armee zuvorkommen. In Nigeria läuft nichts ohne das Militär und daran scheint sich auch wenig zu ändern.

Der Westen, die Europäische Union und in deren Rahmen auch Deutschland, und noch schärfer die USA und sogar Japan haben den Coup verurteilt und Demokratie massiv ange-

mahnt. Mehr kann zur Zeit nicht von außen geleistet werden. Sanktionen, Boykott, Abbruch von Beziehungen würden die Situation eher noch schwieriger machen.

Gleichwohl bleibt, und dies muß von der Bundesregierung und dem Bundestag klar und immer wieder erklärt werden, daß die Militärmächthaber Nigerias, dem bevölkerungsreichsten und militärisch wohl mächtigsten Land Afrikas südlich der Sahara, und so verstehen sich auch die Nigerianer, den Weg zur Demokratisierung beschreiten müssen.

Die eingesetzte Übergangsregierung, ein sogenannter provisional ruling council, ist überwiegend von Militärs besetzt. An der Spitze steht General Abacha, der zugleich Verteidigungsminister ist, sein Stellvertreter ist der General Oladipu Diya, der auch Chief of Staff ist, und der nach Abacha seit langem der zweite starke Mann der Militärs ist. Ausnahmen sind der Außenminister, der Justizminister und der Innenminister.

Der neue Außenminister, Baba Gana Kingibe, war bei der Präsidentschaftskandidatur von Abiola, der die Präsidentschaftswahlen am 12. Juni 1993 wahrscheinlich gewonnen hatte, dessen Vize-Präsidentschaftskandidat. Der damalige Militärpräsident Babangida hatte die Wahlen für ungültig erklärt. Ob Abacha Kingibe in die Regierung nahm, um die politischen Anhänger Abiolas oder gar Abiola selbst einzubinden, wie es einige Zeitungen melden, oder ob Abacha einen Keil zwischen Abiola und seinen Vize-Präsidentschaftskandidaten treiben will, um die Anhänger der sozialdemokratischen Partei Nigerias zu spalten, wird die weitere Entwicklung zeigen.

Auch der neue Innenminister Alex Ibru war als Verleger eng mit dem Oppositionsblatt "The Guardian" verbunden. Der neue Justizminister Olu Onagoruwa galt ebenfalls als Anhänger Abiolas.

Die Beteiligung von oppositionellen Ziviliten ist ein geschickter öffentlicher Schachzug, bleiben sie doch in Wirklichkeit schwach, weil vollständig eingebunden. Ebenso ein geschickter Schachzug war das Gespräch Abachas mit Abiola, also die Geste zur Opposition.

Die Presse in Nigeria berichtet teilweise außerordentlich kritisch über die Vorgänge, druckt den vollen Wortlaut der Verurteilung des Putsches durch die EU und die USA ab, und es fällt auf, das bislang verbotene Zeitungen wieder erscheinen. Ebenso wenig wie zur Zeit von einer Pressezensur gesprochen werden kann, ebenso wenig sind die Gewerkschaften und Menschenrechts-Organisationen verboten. Auch der bekannte überaus kritische Bürgerrechtler und Rechtswanwalt Chief Gani Sawehinni, der unter Shonekan im Gefängnis saß, ist frei und hält sich mit Kritik nicht zurück.

Der General Abacha hatte bei seinem Putsch alle Bundesstaats- und Kommunalparlamente aufgelöst, alle Parteien verboten und alle politischen Aktivitäten untersagt.

Abacha beabsichtigt, eine Verfassungskommission einzuberufen, deren Zusammensetzung (diese Frage ist von entscheidender Bedeutung) noch völlig offen ist, ebenso wie der Zeitpunkt des Zusammentritts. Auch die Dauer der Übergangszeit des provisional ruling council ist nicht bekannt. Abacha will sich offensichtlich nicht unter Zeitdruck setzen lassen.

Zur Zeit kann nicht vorausgesagt werden, ob Abacha willens ist, einen Demokratisierungsprozeß wieder aufzunehmen. Skepsis ist mehr als begründet. Nur die demokratischen Länder dürfen keinen Zweifel daran lassen, daß sie dies für notwendig halten, ebenso wie große Teile der Bevölkerung, die Presse und die Menschenrechts-Organisationen und die Gewerkschaften.

Der nigerianische Nobelpreisträger Soyinka äußerte seine scharfe Kritik an der neuen Militär-führung nach Presseberichten in Ile-Ife im südwestlichen Bundesstaat Ogun. Die Militärs hätten "die feste Absicht", Oppositionelle "töten, gefangennehmen und verschwinden zu lassen". Niemand solle sich von den "schmeichlerischen Worten" des Regimes blenden lassen. Die neue Regierung werde "die brutalste" sein, die das Land bislang erlebt habe.

(-/26. November 1993/rs/fr)
